

Steuerrecht

FG Sachsen-Anhalt: Kindergeldreduzierung bei Grundsicherungsleistungen an behinderte Kinder. Der Sozialhilfeträger hat in der Regel keinen Anspruch auf Abzweigung von Kindergeld, wenn er an ein im Haushalt seiner Eltern lebendes volljähriges behindertes Kind Grundsicherungsleistungen erbringt und die Eltern selbst keine Sozialhilfeleistungen beziehen. Im Rahmen des § 74 I EStG wird vermutet, dass die kindergeldberechtigten Eltern für ihr behindertes Kind Aufwendungen mindestens in Höhe des Kindergeldes haben. Ein detaillierte Prüfung der Aufwendungen der Eltern findet wegen der in § 43 II SGB XII angeordneten Einschränkung des Untersuchungsgrundsatzes grundsätzlich nicht statt (Urt. v. 10. 11.2011 – 5 K 454/11).

Entscheidung der Woche

Unbestimmte Abmahnung als „völlig unbrauchbare anwaltliche Dienstleistung“? Das *OLG Düsseldorf* hatte Mitte November 2011 (Beschl. v. 14. 11. 2011 – 20 W 132/11) erneut Gelegenheit, gegen die Anwaltschaft zu wettren. Bereits im Beschluss vom 10. 5. 2011 (NJW 2011, 2979) erachtete das Gericht „die beinahe regelmäßige Praxis“ von Parteien und ihren Prozessvertretern, „mit einer zu niedrigen Streitwertangabe zu prozessieren, um Gerichtskosten zu sparen“ als versuchten Betrug. Jüngst zog ein Rechtsanwalt den Zorn des *OLG* wegen einer unsorgfältig abgefassten Abmahnung auf sich.

Besagter Anwalt hatte die Beklagte im Auftrag seiner Mandantinnen auf Unterlassung und Erstattung von Abmahnkosten in Anspruch genommen, weil Erstere von ihrem Internet-Account geschützte Audiodateien angeboten habe. Das *OLG* stellte sich jedoch schützend vor die Beklagte und nahm die Abmahnung nach allen Regeln der Kunst auseinander. Diese genüge nicht einmal den an ein solches Schreiben zu stellenden Mindestanforderungen, wettete das Gericht. Es vermisste insbesondere Darlegungen zur Sachbefugnis der Klägerinnen. Denn die von ihrem Anwalt vorgelegte Liste der von der Beklagten zum Herunterladen angebotenen Audiodateien habe vorwiegend Stücke anderer Berechtigter enthalten. Und wenn von der Beklagten eine Unterlassungserklärung begehrt werde, die das gesamte Repertoire der Klägerinnen umfassen solle, dann sei die Vorlage einer entsprechenden Repertoireliste zwingend. Anderenfalls sei der Unterlassungsantrag derart unbestimmt, dass sich die Beklagte hiergegen weder umfassend verteidigen könne, noch in die Lage versetzt werde, eine wirksame Unterlassungserklärung abzugeben. Die Abmahnung stelle angesichts der festgestellten Defizite eine völlig unbrauchbare anwaltliche Dienstleistung dar, so das abschließende vernichtende Fazit des *OLG* (die Entscheidung ist im Volltext abrufbar unter www.njw.de).

Leserforum

Zu Köbler, NJW-aktuell Heft 50/2011, S. 14. Wenn Ministerialdirigent *Dr. Köbler* u. a. ausführt, es sei nun „amtlich“, dass der Einsatz vernetzter Informationstechnik in Gerichten kein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit sei, zitiert er das Urteil des *BGH* vom 6. 10. 2011 (RiZ [R] 7/10, BeckRS 2011, 26455) mindestens unvollständig. Der *BGH* hat bei der Prüfung der Zulässigkeit der Anträge der Richterin und Richter gegen den Betrieb des „Hessennetzes“ zunächst festgestellt, diese richteten sich gegen eine Maßnahme der Dienstaufsicht. Hintergrund des Revisionsverfahrens vor dem *Dienstgericht des Bundes* ist, dass die folgende Feststellung der Vorinstanz (*DienstGH Frankfurt a. M.*, Urt. v. 20. 4. 2010 – DGH 4/08, BeckRS 2010, 14555) in Rechtskraft erwachsen ist: „Es wird festgestellt, dass die Überlassung der Verwaltung des EDV-Netzes der Hessischen Justiz für den Rechtsprechungsbereich an die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) unzulässig ist, solange nicht die Art der Behandlung von Dokumenten des richterlichen Entscheidungsprozesses durch die HZD für den Rechtspflegebereich durch Verwaltungsvorschriften seitens des Ministeriums der Justiz konkret festgelegt und deren Einhaltung durch den Minister der Justiz im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richter überprüft werden kann.“ Nur soweit weitergehende Anträge der Antragsteller zurückgewiesen worden sind, ist der *BGH*, worauf er selbst ausdrücklich hinweist, mit der Sache befasst gewesen. Die Erfüllung der Auflagen der *OLG*-Entscheidung, die auch der *BGH* voraussetzt, steht noch aus. Nach Auffassung sämtlicher Richterverbände in Hessen reicht das hessische Gesetz zur Errichtung der IT-Stelle vom 16. 12. 2011 (GVBl. I, 778) nicht aus, die Einhaltung der aufzustellenden Regelungen für den Netzbetrieb durch die HZD im gleichberechtigten Zusammenwirken mit gewählten Vertretern der Richterschaft zu überprüfen. Wenn ein Vertreter des Ministeriums vor diesem Hintergrund meint, formulieren zu müssen, die antragstellenden Vorsitzenden Richter am *OLG* hätten „ihre subjektive Abneigung“ gegen diesen Netzbetrieb „nicht zu bändigen vermocht“, demonstriert das geradezu, weshalb die Bedenken gegen eine ministerielle Dienst- und Fachaufsicht über die Daten der Rechtsprechung administrierende Stelle entgegen der Auffassung des *BGH* doch „vernünftigerweise“ ihre Berechtigung haben. Der *BGH* hat zudem ausgeführt, die Frage der organisatorischen Selbstständigkeit der Gerichte (Art. 20, 92 GG) sei nicht von ihm zu prüfen gewesen, so dass die diesbezüglichen Einwände, die derzeitige „Netzadministration durch den Finanzminister“ widerspreche diesen Grundsätzen (*Bertrams*, NWVBL 2007, 205.; DRiZ 2010, 248; *Schwamb*, Hessen-Infos der Neuen Richtervereinigung 2005, 3; 2010, 24) mit der Entscheidung des *BGH* vom 6. 10. 2011 definitiv nicht ausgeräumt sind. Verfassungsbeschwerde ist inzwischen eingelegt worden.

RiOLG Werner Schwamb, Frankfurt a. M.